nische Minister des Aeußern, Herr Boerescu, hatte gestern mit Frhrn. v. Haymerle eine längere Unterredung.

* **Buda-Pest**, 28. September. (Tel.) In der heutigen Sitzung des Abgeordnetenhauses wurde Baron Kemeny zum ersten, Paul Szontagh zum zweiten Vicepräsidenten gewählt. Der Ministerpräsident Tisza beantwortete hierauf die Interpellation des Abg. Stephan Miklos bezüglich der antisemitischen Bewegung.

Tisza erklärte, Niemand habe Veranlassung anzunehmen, daß er mit der vom Abg. Istoczy befolgten Tendenz sei es die liberale Partei, sei es die Regierung identificirt hätte. Bisher seien der Regierung noch keine Statuten eines antisemitischen Vereins zur Genehmigung vorgelegt worden; falls aber nach der Fassung der Statuten der Zweck eines Vereins darin bestehen sollte, zwischen den verschiedenen Klassen der Bevölkerung, den verschiedenen Nationalitäten und Confessionen Zwistigkeiten hervorzurufen, oder falls derselbe mit den Landesgesetzen und der Verfassung im Widerspruch stehen sollte, würde die Regierung die Genehmigung versagen. So lange eine Bewegung auf theoretischem Gebiete bleibe, reiche die Presse selbst als Gegenwaffe, event. das Preßgesetz aus; sobald aber die gesetzlichen Schranken verletzt würden, werde die Regierung von ihrem gesetzlichen Rechte, solche Agitationen zu verhindern, Gebrauch machen.

Das Haus nahm die Antwort des Ministerpräsidenten zur Kenntniß.

r-t **Paris**, 28. September. Das letzte Wort über die jüngsten Mißhelligkeiten im Schooße der Regierung ist noch nicht gesagt, und die bestimmte Erklärung der Gambetta'schen „République française", daß einzig und allein in der Angelegenheit der religiösen Orden die Ursache der Cabinetskrise zu suchen sei, hat nicht bei aller Welt Glauben gefunden. Die Zweifler finden ein starkes Argument in dem Briefe, welchen der ehemalige Arbeitsminister Barroy, der intime Freund de Freycinet's, mit dem er gleichzeitig aus dem Ministerium geschieden, an ein hiesiges großes Journal gerichtet hat, und worin es wörtlich heißt: „Ich bin zurückgetreten aus Gründen, die ich für gebieterisch hielt und denen die Frage der Märzdecrete absolut fremd ist." Was kann das besagen wollen? Sind diese gebieterischen Gründe nur in dem persönlichen Verhältnisse Barroy's zu de Freycinet zu suchen? Diese Auslegung scheint unbefriedigend, und Barroy hat offenbar zu viel oder zu wenig gesagt. Er giebt den Gegnern der Regierung das Recht, bei ihrer Behauptung zu beharren, daß bei der Krise versteckte, unausgesprochene Motive im Spiel gewesen; und nichts liegt näher, als diese Motive in der auswärtigen Politik de Freycinet's zu suchen. Die Journale der äußersten Linken wie der äußersten Rechten verlangen also weitere Aufklärung, und wenn diese nicht erfolgt, werden ohne Zweifel ihre Freunde im Parlament nach Eröffnung der Session darin den Anlaß zu einer Interpellation finden. Inzwischen fühlt man sich in den officiellen Kreisen nach dieser Seite hin beruhigt durch die günstige Aufnahme, welche die Ernennung Barthélemy Saint-Hilaire's zum Minister des Auswärtigen außerhalb Frankreich gefunden hat. Eine andere Verdrießlichkeit aber droht dem Cabinet infolge der Ernennung des Viceadmirals Cloué zum Marineminister. Jules Ferry ist ziemlich unvorsichtig verfahren und hat auf die Antecedentien des Viceadmirals nicht genug Rücksicht genommen. Nachträglich erheben sich bittere Beschwerden über die reactionäre, durchaus antirepublikanische und clericale Haltung Cloué's während der Präsidentschaft Mac Mahon's und besonders in der Maiperiode. In einem Briefe an das „Evènement" nannte gestern der Deputirte von Cherbourg, der bekannte, im vorigen Monate oft genannte Lavieille, den Eintritt Cloué's in das Cabinet einen Skandal, der über die Grenzen der Möglichkeit hinausgehe. In Cherbourg, wo Cloué nach dem 16. Mai Präfect gewesen, wisse man sich vor Erstaunen nicht zu fassen. „Ich gehöre zu denjenigen, sagt Lavieille, welche dafür halten, daß Jules Ferry und Cloué, alle beide Minister in dem nämlichem Cabinet, ein widernatürliches Phänomen bilden". Das verheißt dem neuen Marineminister nicht eben eine lange und friedliche Laufbahn. In Ermanglung anderen Discussionsstoffes beginnen die Journale wieder mit großem Eifer von der Ausführung der Märzdecrete zu sprechen. Besonders John Lemoinne behandelt im „Journal des Débats" schon in einer Reihe von Artikeln diesen Gegenstand sehr gründlich, und er zeigt heute, daß der Erzbischof von Paris im Irrthum begriffen sei, wenn er glaubt, daß die öffentliche Meinung für die Jesuiten eine strengere Behandlung gebilligt habe als für die andern Orden. Im Gegentheil verlange das Land für Alle die gleiche Behandlung. Haben die andern Orden nicht sämmtlich gemeinsame Sache mit der Gesellschaft Jesu gemacht? Haben sie nicht alle zusammen und die Bischöfe selber gerufen: Wir sind alle Jesuiten? „Ich fürchte sehr, meint John Lemoinne, daß der Erzbischof sich täuscht, wenn er glaubt, daß die Aufregung im Lande für die andern Congregationen größer sein wird, als für die Gesellschaft Jesu. Selbst wenn die Ausführung des Gesetzes legale Schwierigkeiten findet, wird ihr das Land im Grunde mit einer gewissen Gleichgiltigkeit zusehen. Man hatte auch gesagt: Ihr werdet bei den Generalrathswahlen sehen! Nun wohl, man hat gesehen, was geschehen ist. Ein Bischof, der nicht mehr politischen Sinn als Klugheit besitzt, Hr. Freppel, hat auf der Tribüne gesagt: „Die allgemeinen Wahlen werden sich auf Grund der religiösen Frage vollziehen." Die Freunde der Kirche und die Freunde des Friedens thäten besser daran, ein anderes Terrain zu suchen, und die Unverständigen, die sich in solchen Herausforderungen gefallen, haben keine Ahnung davon, welche Antwort ihrer wartet. Allerdings behandelt der Erzbischof von Paris in seinem Briefe an das Staatsoberhaupt das allgemeine Stimmrecht ein wenig obenhin und erinnert uns daran, daß die Millionen Stimmen eines Plebiscits die scheinbar stärkste Regierung nicht vor dem Sturze hüten können. Es ist dies allerdings eine Erfahrung der neuesten Geschichte und man kann einem Kirchenfürsten nur dankbar sein, wenn er uns an ein Plebiscit erinnert, woran der Clerus einen so großen Antheil nahm, als es sich darum handelte, Rom im Namen des Herzens Jesu zu retten. Vielleicht hätte er klüger gethan, diese Erinnerung zu vermeiden, wenn er uns nicht etwa selber beweisen will, daß die nämliche unverbesserliche Partei alle Regierungen zu Grunde richte, die sich ihr überliefern, und daß die Republik wohl daran thut, aus der Lection ihren Vortheil zu ziehen." — Der große Strike der Tischler im Faubourg Saint-Antoine ist noch nicht beendigt. Die Arbeiter haben gestern in einer großen Versammlung beschlossen, an ihren Forderungen festzuhalten und die Fabrikanten ihrerseits scheinen keineswegs gewillt, nachzugeben.

Rom, 28. September. (Tel.) Garibaldi und sein Sohn Menotti haben ihre Mandate als Deputirte niedergelegt, indem sie erklärten, daß sie nicht an der Gesetzgebung in einem Lande Theil nehmen wollten, wo die Freiheit mit Füßen getreten und das Gesetz nur angewendet werde, um die Freiheit der Jesuiten und anderer Feinde der italienischen Freiheit zu schützen. Die Veranlassung zu diesem Schritte soll eine dem Schwiegersohne Garibaldi's, General Canzio, zugestellte Aufforderung des Gerichts sein, die über ihn verhängte Freiheitsstrafe anzutreten.

London, 28. September. (Tel.) Wie der „Pall Mall Gazette" gemeldet wird, wird der Kohlenvorrath, welcher schon an Bord der „Livadia" verladen war, wieder ausgeschifft. Taucher untersuchen den Kiel der Yacht. Nihilisten in London sollen zugegeben haben, daß eine Verschwörung bestehe und sollen ihre Bekannten in England davon verständigt haben, daß es gefährlich wäre, an Bord der „Livadia" zu fahren. — Angesichts der Lage im Orient und in Irland sollen mehrere hervorragende Mitglieder der liberalen Partei bei der Regierung darauf dringen, daß das Parlament zum November wieder einberufen werde. — Der italienische Botschafter, General Menabrea, und der französische Botschafter, Challemel-Lacour, statteten heute im auswärtigen Amte Besuche ab. Mr. Parnell hielt am Sonntag eine Ansprache an ein Pächtermeeting in Irishtown, unweit New-Roß. Er erläuterte ausführlich seinen Plan zur Lösung der Landfrage, machte aber seine Zuhörer nachdrücklich darauf aufmerksam, daß es nutzlos sei, Landreformpläne zu erörtern, bis nicht die Pächter des Landes durch Organisation die Frage zur Regelung „reif" gemacht hätten. Weder die Ausdehnung des „Ulster Pachtrechts" noch die empfohlene „Fixirung der Pacht auf Grund ehrlicher Schätzung" seien dazu ausreichend. Was er vorschlage, sei „die Zahlung eines angemessenen Pachtzinses für 35 Jahre, nach welcher Zeit der Pächter nichts weiter zu zahlen habe und Eigenthümer des Landes werden würde." — Ueber das brutale Mordattentat, welchem Lord Mounthmorres zum Opfer fiel, liegen jetzt weitere Details vor. Während derselbe seiner Besitzung in Clanbur, Grafschaft Galway, in seiner eigenen Equipage zufuhr, wurde er von 6 Kugeln, deren Mehrzahl den Kopf traf, hingestreckt. Der Verstorbene stand schon seit längerer Zeit mit seinen Pächtern im Proceß und wurde bis ganz vor Kurzem beständig von einer Abtheilung Polizei bewacht. Er hatte unmittelbar vor seiner Ermordung einer Versammlung von Friedensrichtern beigewohnt, in der eine Resolution angenommen wurde, welche die Regierung zur Annahme von Zwangsmaßregeln auffordert. — Wie der „Standard" erfährt, wird der Oberbefehlshaber des britischen Geschwaders im stillen Ocean in nächster Woche von Esquimalt absegeln, um Tahiti zu besuchen, das unlängst von der französischen Regierung annectirt worden ist. — Oberst Gordon verließ am 25. d. Aden auf seinem Wege von China nach Europa. Den beabsichtigten Besuch von Zanzibar hat er verschoben.

— General Phayre hat den Befehl erhalten, seine Division auf 10 000 Mann zu bringen, angesichts der Wahrscheinlichkeit, daß Kandahar für die nächsten paar Monate eine Garnison erhalten soll. Ein Timestelegramm aus Kandahar läßt gleichfalls darauf schließen, daß ein Aufgeben von Kandahar, falls es überhaupt stattfinde, noch geraume Zeit auf sich warten lassen wird. Aus Simla wird den „Times" gemeldet: Soeben sind Nachrichten aus Kabul eingetroffen, die bis zum 12. September reichen. Die Niederlage Ajub Khans hat den Emir ungemein befriedigt und im Lande einen beruhigenden Einfluß ausgeübt. Wenige Tage vor Eintreffen der Nachricht hatte der Sirdar Fakir Khan das Gerücht in Umlauf gesetzt, daß Ajub den General Roberts gefangen und die Engländer geschlagen habe. Der Emir ließ den Sirdar hierfür so kräftig auspeitschen, daß dessen Leben in Gefahr schwebt. Der Emir drückt seine Absicht aus, Indien baldmöglichst zu besuchen. Er heirathete am 7. September seine Base, Tochter von Ali Kullah Khan.

— In einer Besprechung des Ausbruchs der Feindseligkeiten im Basutolande erklärt der „Spectator", daß eine Niederlage der Colonisten aller Wahrscheinlichkeit nach zu einer allgemeinen Erhebung der Eingebornen in ganz Südafrika führen dürfte. Die englische Regierung könne nicht erlauben, daß Unterthanen der Königin ungestraft geplündert und niedergemetzelt würden und eine Colonie der britischen Krone zum Schauplatz eines Zwistes werde, der die Schrecken eines Bürger- und eines Racenkrieges in sich vereinigen könnte. Würde andererseits die Angelegenheit dem britischen Parlament unterbreitet, so sei es wahrscheinlich, daß eine Mehrheit von zehn zu eins der Ansicht sein würde, die Basutos seien im Recht und die Colonisten ganz und gar im Unrecht. Der Zulukrieg selber erscheine als ein Triumph der Gerechtigkeit und guter Politik, verglichen mit diesem unnützen und tollköpfigen Abenteuer. England könne — falls es keine britische Colonie einbüßen wolle — genöthigt werden, einen unprovocirten Angriff auf einen Stamm unschuldiger und loyaler Mitbürger durch Waffengewalt zu unterstützen, den das moralische Gefühl der ganzen Welt verdammen würde. Ein beschämenderes Dilemma sei niemals einem großen Volke geboten worden. Es sei unmöglich, sich länger einem System der Colonialregierung zu unterwerfen, das ohne vorherige Kenntniß des Landes dasselbe beharrlich nöthige, zwischen der Zustimmung zu einer unwiderbringlichen Niederlage oder der Betheiligung an einer empörenden Ungerechtigkeit zu wählen.

Belgrad, 28. September. (Tel.) Der Fürst von Bulgarien wird am 5. October hier erwartet.

Washington, 28. September. (Tel.) Die Abnahme der Staatsschuld der Vereinigten Staaten in dem laufenden Monat dürfte ungefähr 12 Millionen Dollars betragen.

Zur orientalischen Frage.

Je mehr der Augenblick des Auslaufens der combinirten Flotte Europas herannaht, um so drohender verändert sich die Situation. Nachrichten, die der „Polit. Corr." unter dem 28. aus Konstantinopel zugehen, constatiren, daß in der Lage, wie sie durch Riza Paschas Erklärung geschaffen wurde, daß er die Montenegriner im Falle einer Ueberschreitung der türkischen Grenzlinie als Feinde behandeln müßte, seit gestern eine Veränderung nicht eingetreten ist. Es geht daraus hervor, daß sich die Pforte zur Ertheilung solcher Instructionen an Riza Pascha, die ihm ein neutrales Verhalten gegenüber den bevorstehenden Occupationsschritten der Montenegriner zur Pflicht machen würden, bisher nicht verstanden hat. Die Hoffnung, daß die Pforte durch die Vorstellungen der Mächte zu einer Aenderung ihrer gegenwärtigen, ominösen Haltung in der türkisch-montenegrinischen Grenzfrage zu bewegen sein werde, zählt in den diplomatischen Kreisen der türkischen Hauptstadt, wie unser Gewährsmann hinzufügt, geringen Anhang. Dadurch entsteht für die europäischen Großmächte eine neue bisher unvorhergesehene Situation, welche neue Verhandlungen nothwendig macht. Dem deutschen Botschafter, Grafen Hatzfeldt, gegenüber soll der Sultan geäußert haben, er werde den Ereignissen ihren Lauf lassen; die Verantwortung für dieselben würde auf Europa zurückfallen. Der „Pr." geht aus Paris eine diplomatische Depesche zu, welche meldet: „Der Sultan verhält sich gegenüber allen Versuchen, an Riza Pascha den Befehl zur Uebergabe Dulcignos an Montenegro zu erlassen, unbeugsam ablehnend. Es verlautet, der Sultan habe zum Grafen Hatzfeldt gesagt, es widerstrebe seinem Gefühle von Völkerrecht, zu glauben, daß die Mächte darauf beharren sollten, das Blut eines friedlichen Volksstammes zu vergießen, dem Europa als einziges Verbrechen die Treue anrechnen könnte, mit welcher er an seinem Vaterland hängt. Man betrachtet als die augenblicklichen Herren der politischen und militärischen Situation in Stambul Abedin und Osman Pascha. Beide sollen den Sultan in der unerschütterlichen Ueberzeugung bestärkt haben, daß mit dem ersten Gewaltacte der Mächte in den adriatischen Gewässern alle Muselmänner des Reiches sich erheben und sich um die Fahne des Propheten schaaren werden, zu deren Entfaltung der Sultan sich entschließen müsse, wenn die Mächte darauf bestehen sollten, Gewalt vor Recht ergehen zu lassen."

Riza Pascha notificirte der „Pr." zufolge am 27. nach Cetinje, daß, wenn Montenegro aggressiv vorgehe, die Türkei dies als Casus belli betrachten und Montenegro den Krieg erklären werde. Der montenegrinische Minister des Aeußern ist nach Ragusa zur Conferenz mit Admiral Seymour abgereist.

Von großer Bedeutung ist eine der „Polit. Corr." aus Konstantinopel vom 24. d. zugehende briefliche Mittheilung, aus welcher wir das Folgende entnehmen. Die montenegrinische Frage complicirt sich immer mehr. Die europäischen Mächte dürften nunmehr einsehen, daß sie einen sehr schwierigen Weg eingeschlagen haben. Die Pforte hat seit Beginn weder ihre Haltung, noch ihre Sprache geändert. Die scheinbare Unentschlossenheit Europas hat zur Stärkung der türkischen Widerstandspartei beigetragen, die stets zahlreiche Anhänger zählte, an deren Spitze sich der Sultan selbst befindet. Der Berichterstatter der „Polit. Corr." erwähnt nun den am 20. d. auf der Pforte abgehaltenen Ministerrath und bemerkt über denselben: „Im Ministerrathe sprachen sich sämmtliche Militärs, sowie die neuen Minister, darunter vor Allen Kiamil Pascha, für den Widerstand aus. Von den ehemaligen Conseilspräsidenten hatten Khereddin Pascha und Kadri Pascha den Muth, entgegengesetzter Ansicht zu sein. Letzterer entwickelte in ruhiger Weise die Gründe, die nach seiner Anschauung für eine Nachgiebigkeit sprechen. Er verwies auf die in Berlin eingegangenen Verpflichtungen, auf die Convention vom 18. April und auf die Gefahren eines weitern Widerstands. Mahmud Nedim antwortete hierauf erregt, daß diese Gründe gar nichts heißen und daß er auf Annahme der in der türkischen Circularnote vom 16. d. gestellten Bedingungen seitens der europäischen Cabinete bestehen müsse. Auf die Frage Kadri Paschas, welche Gründe für dieses sein Verhalten maßgebend seien, antwortete Mahmud mit einer gewissen Emphase: „Mein Patriotismus und mein Herz". Am nächsten Tage wurde Mahmud von einem Hofwagen abgeholt und nach Yildiz-Kiosk geführt, wo ihm der Sultan eigenhändig die Insignien des ihm Tags vorher verliehenen Ordens übergab. Der Beschluß des Ministerraths, nicht nachzugeben, entsprach vollständig den Gesinnungen des Sultans, die auch nach der Antwort der Mächte auf die oben erwähnte Circularnote keine Aenderung erfuhren. Die Erbitterung gegen England in türkischen Kreisen ist womöglich noch im Steigen. Man will zeigen, daß man sich durch die von England inspirirte Flottendemonstration nicht einschüchtern lasse, und giebt sich der Hoffnung hin, daß England selbst das Signal zum Rückzug geben werde, sobald es sich überzeugt hat, daß das angestrebte Resultat nicht zu erreichen ist. Sollte die Dulcignoaffaire für die türkische Diplomatie günstig ausfallen, was wohl vorläufig nicht anzunehmen ist, so würde die Stellung Said Paschas ganz erheblich gestärkt werden und mit allen Reformen hätte es dann ein Ende." Die Flottendemonstration ist auf den 29 verschoben. Die ordre de bataille für dieselbe ist inzwischen endlich festgestellt worden. Wie der „Agence Havas" aus Gravosa gemeldet wird, würde die vereinigte Flotte für den Fall, daß die Demonstration stattfinde, in drei Linien formirt werden und zwar in erster Linie die englischen und italienischen, in zweiter die österreichischen und französischen, in dritter Linie die russischen und deutschen Schiffe.

Dresdner Nachrichten

vom 29. September.

—m. Der bevorstehende Quartalwechsel ist auch für unseren Villenvorort Blasewitz, wie man uns von dort schreibt, in mehr als einer Richtung nicht ohne Bedeutung. Zunächst muß er sich mit Eintritt desselben mit einigen Nachbargemeinden in die ihm durch die Verhältnisse aufgenöthigte Eigenschaft einer Exclave der neuen Amtshauptmannschaft Dresden-Neustadt finden lernen, eine Aenderung, welche sich wegen der mit ihr verbundenen Erschwerung des Verkehrs mit dem Sitz dieser Verwaltungsbehörde besonderer Popularität dort zwar zur Zeit noch nicht erfreut, die aber sonst namentlich in Bezug auf die Person des Herrn Vorstandes und die sonstige Zusammensetzung dieser Behörde mit vollstem Vertrauen begrüßt wird. Sodann aber sind mit dem Eintritt dieser organisatorischen Veränderung zugleich zwei andere, die bauliche Entwickelung des Ortes nahe berührende Phasen zu verzeichnen. Denn nicht nur tritt nunmehr durch die nach mehrjährigen Verhandlungen hierüber unter dem 9. ds. Mts. erfolgte ministerielle Bestätigung der Bauordnung und des Bebauungsplanes für Blasewitz die Ortsbauverfassung endgiltig in Kraft und haben beide, auch die noch langwierigeren Verhandlungen und Differenzen über die Bebaubarkeit des Terrains der sogenannten Prinzenaue zu definitivem Abschluß gebracht, sondern es ist auch die Bebauung dieses durch seine reizende landschaftliche Lage entlang des Elbstroms ausgezeichneten Flurtheils durch die darauf bezüglichen Bestimmungen der Bauordnung und durch die Ausführung der Bestraßungsanlagen desselben seiten der betreffenden Actiengesellschaft in einer Weise vorbereitet, welche die vollste Bürgschaft in sich schließt, daß sich die dort mit der Zeit entstehende Colonie von nach dem offenen (Pavillon-) Baufystem zu errichtenden Landhäusern den schönsten Villenanlagen Dresdens und seines obern Elbthales würdig anschließen wird. Das Bauareal selbst wird begrenzt südlich durch die die Fortsetzung der Pfotenhauerstraße nach Blasewitz bildende Emser Allée, nördlich durch eine hochfluthfrei errichtete Kaistraße von über 1200 m Länge und 20 m Breite, und tritt, seiner ursprünglichen Bestimmung als Ergänzung der Blasewitzer Waldparkanlage entsprechend, mit dieser durch drei Querverbindungsstraßen (die verlängerte Marschallsallée, den verlängerten Elsässer und Lothringer Weg), mit dem Dresdner und Blasewitzer Baugebiet dagegen durch die verlängerte Schubert- und Friedrich-Auguststraße in Verbindung und umfaßt überhaupt 65 Bauplätze und Straßenfronten von 27 bis 57 m. Der Uebernahme aller dieser von der Gesellschaft durch Hrn. Ingenieur Gutmann technisch vollkommen befriedigend ausgeführten Straßen in die Gemeindeunterhaltung standen bis vor Kurzem noch einige Schwierigkeiten entgegen, welche aber in einem am 30. v. M. unter Leitung des Hrn. Regierungsassessors v. d. Mosel abgehaltenen Verhandlungstermin ebenfalls Erledigung gefunden haben, so daß die erwähnte Hochuferstraße, wenn die Reinigung derselben von dem im Laufe des nassen Sommers dort in üppiger Fülle gewucherten Unkraut in den nächsten Tagen beendigt sein wird, von der Gemeinde dem öffentlichen Verkehr für Fußgänger, wie Wagen freigegeben werden kann. Es steht mit Sicherheit zu erwarten, daß von diesem neuen, mitten in das Herz der schönen Elblandschaft führenden Communicationsmittel ein ebenso ausgedehnter Gebrauch gemacht wird, wie sich dessen die stattliche, durch das angrenzende städtische Birkenwäldchen führende Pfotenhauerstraße schon jetzt zu erfreuen hat.

Statistik und Volkswirthschaft.

** **Koburg**, 28. September. Gestern Abend hat im hiesigen Rathhaussaale eine Generalversammlung der Mitglieder der Zizmannsstiftung stattgefunden, deren Zweck bekanntlich darin besteht, wandernden Handwerksgesellen eine entsprechende Unterstützung hier zu gewähren. Aus dem Geschäftsberichte geht hervor, daß in der Zeit vom 1. Juli 1879 bis dorthin 1880 eine große Anzahl von hierher gewanderten Handwerksgesellen mit dem Geschenk von 45 Pf. für einen Tag durch Obdach und Kost hier unterstützt worden ist, und daß die Einnahme noch einen Ueberschuß aufzuweisen hat. Infolge der Verpflegung hat der Hausbettel dieser Handwerksgehilfen in hiesiger Stadt fast ganz aufgehört, und hofft man mit der Zeit ein eignes Logirhaus hier zu erwerben. Diese Stiftung, welche im vorigen Jahre neue Statuten erhalten hat, besteht bereits sehr mehreren Decennien hier und hat stets sehr vortheilhaft gewirkt.

— Eine internationale Ausstellung von Wolle und Wollwaaren im Krystallpalaste zu London ist für die Zeit vom Juni bis October 1881 projectirt. Auskünfte können beim „Superintendenten" dieser Ausstellung, „Mr. P. L. Simmonds, Crystal Palace, Sydenham, London" eingeholt werden.

Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.

Für die bei

unserer Filiale in Dresden (Seestraße 21)

gemäß Regulativ vom 1. Januar a. c. eingelegten oder einzulegenden **verzinslichen Depositen** vergüten wir bis auf Weiteres für Einlagen

ohne vorherige Kündigung $2\frac{1}{2}$ %
mit 1monatlicher Kündigung 3 %
mit 3monatlicher Kündigung $3\frac{1}{2}$ %
} pro Anno franco Spesen.

Leipzig, den 25. September 1880.

1888 **Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt.**